

Wohnungspleite in Mitte: PDS greift jetzt die SPD an Krisentreffen der rot-roten Koalition

Christine Richter

Angesichts der drohenden Insolvenz der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) ist Streit zwischen PDS und SPD ausgebrochen. So schnell wie möglich werde eine Koalitionsrunde einberufen, sagte der PDS-Haushaltsexperte Carl Wechselberg am Mittwoch. Die PDS habe in den vergangenen Monaten immer wieder nach der Lage der Wohnungsbaugesellschaft gefragt und stets die Auskunft von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer und Finanzsenator Thilo Sarrazin (beide SPD) erhalten, man habe alles im Griff. "Die Zeiten, in denen die Probleme schöngeredet wurden, sind definitiv vorbei", sagte Wechselberg.

Der WBM droht nach einem Bericht der neuen Geschäftsführung im März nächsten Jahres die Pleite. Das Unternehmen hat Schulden in Höhe von 1,2 Milliarden Euro angehäuft. Obwohl im letzten Jahr Wohnungen verkauft wurden, erwirtschaftete die WBM ein Defizit, die Eigenkapitalquote ist deutlich negativ. Die Gesellschaft besitzt rund 40 000 Wohnungen und verwaltet weitere 10 000. Große Verluste wurden in den letzten Jahren bei der Sanierung des Haus des Lehrers am Alexanderplatz, dem Umbau und der Vermietung der Rathauspassagen oder der Sanierung zahlreicher Plattenbauten gemacht.

Auch die rot-rote Koalition schließt angesichts dieser Krise weitere Wohnungsverkäufe nicht mehr aus. "Eigentlich wollten wir bis Ende der Legislaturperiode nichts mehr verkaufen", sagte der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Bernd Schimmler**. Wenn es aber notwendig sei, bis zu 10 000 Wohnungen der WBM zu veräußern, um die Insolvenz abzuwenden, dann werde sich die SPD dem wohl nicht verschließen können. Der Mieterverein Berlin warnte dagegen vor dem Verkauf weiterer Wohnungsunternehmen. Berlin brauche die 280 000 städtischen Wohnungen.

Aber auch die PDS-Fraktion will weitere Privatisierungen nicht grundsätzlich ausschließen. Allerdings fordert sie zunächst ein Sanierungskonzept. Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer, Finanzsenator Sarrazin und die WBM-Geschäftsführung müssten ein Gesamtpaket vorlegen, so Wechselberg. Außerdem werde man keinen guten Preis erzielen, da Investoren wüssten, dass es sich um einen Notverkauf handle, der schnell abgeschlossen werden müsse.

Nach Einschätzung der politisch Verantwortlichen ist vor allem das Missmanagement der alten Geschäftsführung für das finanzielle Desaster verantwortlich. Die WBM habe sich nicht auf ihr Kerngeschäft konzentriert, sondern eben das Haus des Lehrers oder die Rathauspassagen entwickeln wollen. "Wir brauchen aber keine Wohnungsbaugesellschaft als Projektentwickler", kritisierte der CDU-Abgeordnete Alexander Kaczmarek. Doch nach Ansicht der Opposition hat auch der Senat versagt. "Der Ausbau der Rathauspassagen und die anderen Vorhaben waren ja auch politisch gewollt, da hat der Senat ganz ordentlich Druck gemacht", sagte der Grünen-Abgeordnete Oliver Schruoffeneger. Dies erinnere an den "Berliner Größenwahn", der auch zu dem finanziellen Desaster beim Kulturhaus Tempodrom geführt habe.

In den nächsten Wochen will der Senat gemeinsam mit der WBM-Geschäftsführung ein Sanierungskonzept vorlegen, um die Pleite noch abzuwenden. Dazu zählt auch der Abbau von 400 der rund 700 Stellen. Das bedeutet, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden müssten. "Das ist der eigentliche Skandal", sagte der PDS-Abgeordnete Wechselberg. Erneut gingen 400 Arbeitsplätze in der Stadt verloren. Wenn andere nun der Meinung seien, dass man bei einer solchen Unternehmensgröße mit der Hälfte der Mitarbeiter auskomme, dann frage er sich, warum nicht längst etwas geschehen sei. "Ein solcher Personalabbau hätte in den letzten Jahren vorbereitet werden können, ohne betriebsbedingte Kündigungen", sagte Wechselberg.

Die Parteien im Abgeordnetenhaus befürchten, dass es nicht bei der schlechten Nachricht

zur WBM bleiben wird. "Das ist nur die Spitze des Eisbergs", hieß es bei CDU, FDP und Grünen. Aber auch die PDS rechnet mit dem Schlimmsten - angesichts von rund 8,5 Milliarden Euro Schulden bei den sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften, der zum Teil hohen Leerstandsquote und dem geringen Eigenkapital. Besonders bedrohlich sei die Situation bei der Wohnungsbaugesellschaft Degewo, die den vom Senat gewollten Kauf der Wohnungsbaugesellschaft Marzahn noch immer nicht verkraftet habe, hieß es bei den Fraktionen. "Der Senat muss endlich eine Gesamtstrategie für alle Wohnungsunternehmen vorlegen", forderte der CDU-Abgeordnete Alexander Kaczmarek.

BerZ Donnerstag, 08. September 2005